

über die grenze

d u b l i n



flucht und abschiebung in einem europa der grenzen

Nicht länger Figuren auf dem Spielbrett Europa...



Am 7. März 2010 erhängte sich David M., ein Flüchtling aus Georgien, in der Abschiebehaft. Einen Monat vorher hatte er in Hamburg einen Asylantrag gestellt. Als die Behörden herausfanden, dass er schon in Polen und in der Schweiz Asyl beantragt hatte, ordnete das Hamburger Amtsgericht Abschiebehaft an. David M. sollte nach Polen abgeschoben werden. Denn nach der Dublin II-Verordnung ist Polen als der erste EU-Mitgliedstaat, in dem David M. registriert wurde, für die Durchführung seines Asylverfahrens zuständig. David M. hielt es nicht mehr aus, wie eine Figur auf dem Spielbrett Europa herumgeschoben zu werden, immer zwischen Startfeld und Abschiebeknast, ohne Perspektive, jemals ein Ziel zu erreichen.

David M. ist kein Einzelfall. Im Jahr 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland 9.129 Mal die Abschiebung eines Flüchtlings nach der Dublin II-Verordnung in einen anderen EU-Staat beantragt und diese in 3.027 Fällen auch durchgeführt. Damit machen Dublin II-Abschiebungen inzwischen rund 40% aller Abschiebungen aus Deutschland aus. Mit anderen Worten: Über 3.000 Personen wurden lediglich zur Durchführung eines Asylverfahrens verhaftet, aus ihrem Lebenszusammenhang gerissen und gewaltsam in ein andere Land überführt.

Griechenland gerät in die Kritik

Viele Flüchtlinge, etwa aus Afghanistan, Somalia, Irak und Palästina überqueren die Außengrenze der Europäischen Union von der Türkei aus nach Griechenland. Wir hatten 2009 während des Noborder Camps auf der griechischen Insel Lesbos die Möglichkeit, uns vor Ort über die Bedingungen zu informieren, unter denen Flüchtlinge in Griechenland leben müssen. Schon der Grenzübertritt ist gefährlich und endet oftmals mit dem Tod. Danach kommt die oft monatelange Inhaftierung in Gefängnissen, die so menschenunwürdig sind, dass sie niemand in Europa vermuten würde. Ein Asylsystem existiert nur auf dem Papier, ein Asylantrag ist

„Wir sind wie Kugeln, die über die Oberfläche der Erde rollen, von einem Land zum anderen und wieder zurück, ohne zu wissen, wo wir zur Ruhe kommen werden.“

Yussef <http://birdsofimmigrants.jogspace.net/>

praktisch unmöglich. Um Schutz zu erlangen, versuchen viele Menschen, über die Häfen an der griechischen Westküste nach Italien zu gelangen, um ihren Weg nach Zentraleuropa fortzusetzen. Dabei riskieren sie jedes Mal ihr Leben. Die meisten Flüchtlinge stranden jedoch in Athen, wo sie wie auch jene, die wegen Dublin II nach Griechenland abgeschoben wurden, auf der Strasse leben müssen. Polizeibrutalität, Krankheit und Ausbeutung gehören zum Alltag.

Auch wenn die Kritik an Griechenland in Zeiten der Wirtschaftskrise Kon-



Sommer 2009 Die Bilder des Flüchtlingsgefängnisses Pagani geben um die Welt

junktur hat: Die Verantwortlichkeit für die Zustände und das menschliche Leid liegt im europäischen System der Flüchtlings- und Migrationsabwehr. Insbesondere Deutschland, welches im wesentlichen über keine EU-Außengrenze verfügt, hat dieses System der Verantwortungslosigkeit vorangetrieben und zählt zu den Hauptprofiteuren. Doch auch in Deutschland ist Dublin II nicht mehr unumstritten. Seit mehreren Jahren dokumentieren Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl oder Human Rights Watch die Verletzung elementarer Flüchtlings- und Menschenrechte in Griechenland. Im Sommer 2009 gelang es während des Nobordercamps auf Lesbos, Bilder des Flüchtlingsgefängnisses Pagani einer breiten Öffentlichkeit, auch in Deutschland, zugänglich zu machen.

Diese Aufklärungsarbeit hat nun auch ihren juristischen Niederschlag gefunden. In einer spektakulären Eilentscheidung hat das Bundesverfassungsgericht am 8. September 2009 eine erste Dublin II-Abschiebung nach Griechenland ausgesetzt, und diese Rechtssprechung seitdem auch fortgesetzt. Neben prozessualen Erwägungen steht für das Bundesverfassungsgericht

vor allem die Frage zur Klärung an, ob die Dublin II-Verordnung einen Verstoß gegen den europarechtlichen Grundsatz der Solidarität darstellt. Damit ist der zentrale Mechanismus der Ungleichverteilung in Frage gestellt, Dublin II steht auf der Kippe.

Bundesregierung will Dublin II nicht aufgeben

Dem Urteil folgend haben Bayern und Baden-Württemberg die Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland ausgesetzt und viele Verwaltungsgerichte haben Eilanträgen gegen drohende Überstellungen stattgegeben. Das Bundesinnenministerium hält dagegen und übt massiven Druck auf die Länderinnenministerien aus, auf gar keinen Fall Abschiebungen nach Griechenland generell zu stoppen. Auch die dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundespolizei führt in ihrem Zuständigkeitsbereich weiter Abschiebungen nach Griechenland durch. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bemüht sich nun, nach langem Leugnen der Zustände in Griechenland, einen Dublin II-konformen Ausweg aus der Misere zu finden.

Die Bundesregierung will also mit aller Macht an Dublin II festhalten.

Für uns ist jedoch klar: Dublin II ist ein bürokratisches Monster, bei dem es nicht darum geht, Flüchtlingen Schutz vor Verfolgung zu gewähren, vielmehr wird Verantwortungslosigkeit der zentraleuropäischen Staaten auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. Wir dokumentieren in dieser Zeitung daher die bittere Realität des europäischen System der Flüchtlingsabwehr und der Dublin II-Regelung. Sie ist ein Appell zum Handeln gegen dieses zutiefst ungerechte und unmenschliche System und ein Aufruf zur Solidarität mit den betroffenen Flüchtlingen, an der Außengrenze, im Transit und auch in Deutschland.

Links

<http://dublin2.info> | Dublin II-Kampagnenseite
<http://go.dublin2.info/voices> | Video aus dem Inneren des Flüchtlingsgefängnisses Pagani auf Lesbos
<http://go.dublin2.info/david> | Tragischer Tod eines jungen Georgiers. Süddeutsche Zeitung, 11. März 2010

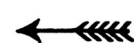
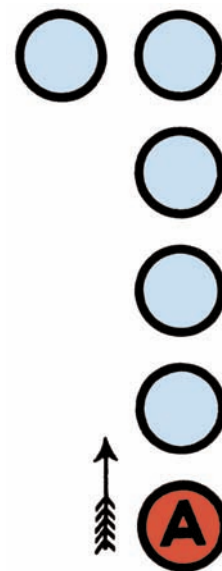
„Was sollen die denn alle in Dublin?“

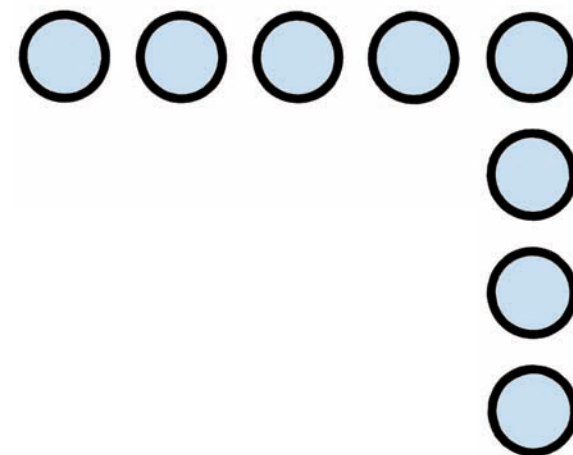
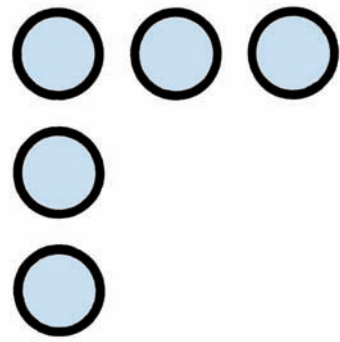
Wenn von „Dublin II-Abschiebungen“ die Rede ist, so stößt dies bei den meisten Menschen auf Unverständnis. Was, bitteschön, ist „Dublin II“?

Die Dublin II-Verordnung regelt, welches europäische Land für die Bearbeitung eines Asylantrages zuständig ist. Nach den in der Präambel der Verordnung genannten Erwägungen soll das europäische Zuständigkeitssystem „auf objektiven und für die Mitgliedsstaaten und die Betroffenen gerechten Kriterien basieren“. Dabei folgt die Verordnung mit wenigen Ausnahmen dem Verursacherprinzip. Das Land, welches die Einreise des Asylsuchenden „verursacht“ hat, weil seine Botschaft ein Visum ausgestellt hat oder weil es an der Grenze nicht ordentlich aufgepasst hat, soll für die Prüfung des Asylantrags zuständig sein. Stellt der Flüchtling einen Asylantrag in einem anderen Land und wird anhand eines Eintrags in der europäischen Fingerabdruck-Datenbank EuroDAC oder aufgrund sonstiger Nachweise der Staat der ersten Einreise festgestellt, so erfolgt die Abschiebung. Es liegt an der Hand, dass dieses System nicht funktionieren kann und sich die europäischen Zentralstaaten ihrer Verantwortung für die Flüchtlinge auf Kosten der Staaten, die an den europäischen Außengrenzen liegen, entledigt haben. Griechenland wird allein aufgrund der Tatsache, dass die griechischen Inseln nur wenige Kilometer von der türkischen Küste entfernt liegen, zum „Verursacher“ der Einreise von Tausenden von Flüchtlingen. Das kleine Land Malta nimmt – bezogen auf die Bevölkerungszahl – heute ein Vielfaches mehr an Flüchtlingen auf als die reichen zentraleuropäischen Staaten.

Alle europäischen Staaten führen Abschiebungen in die Staaten an den Außengrenzen durch, die mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge heillos überfordert sind. Ein Viertel der Ersuchen aus Deutschland wird an Griechenland gerichtet und auch alle anderen europäischen Staaten führen Tausende von Abschiebungen nach Griechenland durch.

Dublin II bedeutet unermessliches menschliches Leid und führt dazu, dass viele Flüchtlinge inzwischen keinen Schutz mehr erhalten. Die Länder an den Außengrenzen fordern seit langem eine neue und gerechtere Gestaltung der Dublin II-Verordnung. Dies wird jedoch vor allem von der deutschen Regierung vehement blockiert.





Warum Herr Sharif nach Großbritannien will, aber in Passau leben muss

Flüchtlinge haben meist gute Gründe für die Wahl ihres Fluchtortes – Dublin II nimmt darauf keine Rücksicht

Das Europäische Asylsystem, dessen Teil die Dublin II-Verordnung ist, setzt voraus, dass die Schutzstandards für Asylsuchende in allen Mitgliedsstaaten gleich sind – und dass es deshalb für die Flüchtlinge gleichgültig ist, in welchem Land ihr Antrag geprüft wird. Beides ist nicht der Fall. Historische Verbindungen zwischen Herkunfts- und Zufluchtstaaten, diplomatische Rücksichtnahmen ebenso wie die Angst, durch hohe Anerkennungszahlen zum Zielland zu werden, führen zu einer höchst unterschiedlichen Schutzgewährung. So wurden z.B. im Jahr 2007 mehr als 80% der tschetschenischen Flüchtlinge in Österreich anerkannt – in der Slowakei tendierte im gleichen Jahr die Anerkennungsquote gegen Null. Kein Wunder, dass Flüchtlinge versuchen, in der Slowakei die Registrierung zu vermeiden.

Aber auch subjektive Gründe sind maßgeblich für die Wahl des Ziellandes. Herr Sharif aus Somalia wurde im Juni 2009 auf dem Weg nach Großbritannien an der deutsch-dänischen Grenze aufgegriffen und wartet seitdem im bayerischen Passau auf die Entscheidung über seinen Asylantrag. In Großbritannien leben seine Ehefrau und zwei Kinder – als Flüchtlinge anerkannt. Zu ihnen wollte Herr Sharif. Das nach der Dublin II-Verordnung gestellte Übernahmeverfahren Deutschlands lehnte das britische Innenministerium mit der zynischen Begründung ab, die Eheschließung zwischen Herrn Yussuf und seiner Frau sei nicht einwandfrei nachgewiesen. Kunststück. In Somalia existiert seit 1991 kein Staatswesen mehr.

Der 19-jährige Mehtab aus der westafghanischen Stadt Herat wurde nach der Entführung seines Bruders von seinen Eltern losgeschickt. Ziel der Reise ist Europa: konkret soll es nach Norwegen gehen. Dort lebt bereits Mehtabs Onkel und betreibt in einem Vorort von Oslo erfolgreich ein kleines Restaurant. Er soll Mehtab bei seinem Start in das neue Leben helfen, ihm Arbeit und Wohnung geben. Auf dem Weg hinterließ Mehtab in Griechenland seine Fingerabdrücke. Nach seiner Weiterreise mit dem Flugzeug nach München musste er am Flughafen einen Asylantrag stellen und mit anwaltlicher Hilfe gelang es, die Überstellung nach Griechenland zu verhindern. Mehtab lebt jetzt in einer Jugendhilfeeinrichtung in München und genießt Abschiebungsschutz. Er ist nicht unzufrieden mit der Situation – aber warum man in Deutschland viel Geld für seine Unterbringung und Ausbildung ausgibt, statt ihn zu seinem Onkel nach Norwegen gehen zu lassen, das versteht er bis heute nicht.



Warten auf den Asylantrag In der Petrou Ralli Straße in Athen befindet sich die einzige Stelle, die Asylanträge entgegennimmt. Flüchtlinge warten dort tagelang und in langen Schlangen, doch nur die wenigsten werden vorgelassen. Foto: Achilleas Zavallis 2009

„Es hat mich alles an das Gefängnis des syrischen Geheimdiensts erinnert“

Zewar Ali, ein 27-jähriger Kurde aus Syrien, wurde am 8.9.2009 aus Deutschland nach Griechenland abgeschoben. Drei Monate später kam er in die BRD zurück.

Die Chancen, in Griechenland Flüchtlingsschutz zu erhalten, sind verschwindend gering. Nur 358 Flüchtlinge wurden 2008 anerkannt, davon 339 aus dem Irak, sechs aus Afghanistan und je einer aus Somalia und Syrien. 21 Personen erhielten subsidiären Schutz. Auch 2009 lag die Schutzquote nur bei ca. 0,5 %. Ende 2009 waren 48.201 Verfahren anhängig, davon 45.079 im Widerspruchsverfahren. Während des Verfahrens erhalten die Flüchtlinge keinerlei Unterstützung. Es gibt weder Unterkunft, noch medizinische Hilfe oder eine Grundversorgung mit Lebensmitteln. Nur für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stehen einige Unterkünfte zur Verfügung: in ganz Griechenland gibt es 405 Heimplätze für ca. 6.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Der 27-jährige Zewar Ali aus Syrien, der am 8. September 2009 von Deutschland aus nach Griechenland abgeschoben wurde, hat selbst erlebt, unter welchen Bedingungen sich ein abgeschobener Flüchtling in Griechenland durchschlagen muss. Er hat es zum Glück geschafft, wieder nach Deutschland zurückzukommen und lebt jetzt in Dachau.



Zewar, Du bist ein Staatenloser aus Syrien und hast in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Wie bist Du nach Deutschland gekommen?

Unterwegs bin ich eigentlich seit 2007. Damals bin ich von Syrien nach Spanien geflogen. Ich bin noch im Flughafen festgenommen worden. Dann haben sie mir die Fingerabdrücke genommen und Photos gemacht. Und dann haben sie mich nach Syrien abgeschoben. Und das mit einem Pass, der auf eine andere Person ausgestellt war! In Syrien war ich dann erstmal fast ein Jahr im Gefängnis eines Geheimdienstes. Damals wurde mir auch angedroht, dass ich wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ angeklagt werde, wenn ich nochmal abgeschoben werden würde. Trotzdem habe ich mich wieder auf den Weg nach Europa gemacht. In Syrien habe ich als staatenloser Kurde keine Rechte und keine Zukunft. Von der Türkei bin ich dann mit dem Boot nach Samos [griechische Insel gegenüber der türkischen Küste] gefahren. Diese Überfahrt war sehr gefährlich, ich habe selber gesehen, wie ein Baby ertrunken ist. Die Mutter ist darüber verrückt geworden.

Auf Samos haben sie mir wieder nur die Fingerabdrücke genommen, mir ein weißes Papier gegeben und mir gesagt, dass ich Griechenland innerhalb von 30 Tagen verlassen soll. Das

habe ich dann auch gemacht, ich war nur 22 Tage in Griechenland. Ich bin dann weiter nach Italien und Anfang Januar 2009 war ich dann in Deutschland. Hier habe ich meinen Asylantrag gestellt.

Das war aber nicht das Ende deiner Reise?

Nein. Nach acht Monaten, am 8. September 2009, kamen um halb zehn Uhr morgens zwei Zivilpolizisten zu mir und gaben mir den Abschiebescheid für Griechenland. Ich habe sie gefragt, warum ich abgeschoben werde. Sie antworteten nur, dass ich schon in Griechenland Asyl beantragt hätte. Aber das stimmt gar nicht! Wenn ich in Griechenland auch nur eine kleine Chance gehabt hätte, Asyl zu beantragen, dann hätte ich das sofort gemacht.

Warte mal kurz, Du hast erst von Deiner Abschiebung erfahren, als sie Dich abgeholt haben?

Ja. Den Bescheid des Bundesamtes hat mir die Polizei in die Hand gedrückt. Um halb eins saß ich schon im Flugzeug, am Nachmittag war ich in Athen.

Und wie ist es dir in Athen ergangen?

Ich wurde erstmal für drei Tage am Flughafen ins Gefängnis gesperrt. Die Wärter waren sehr unfreundlich, und es gab auch nur einmal am Tag Essen, das haben die uns einfach so vor die Füße geworfen. Wir durften nichts fragen, wir durften nicht rauchen, und es hat mich alles einfach an das Gefängnis des syrischen Geheimdienstes erinnert. Sie wollten mir noch einen Asylantrag mit falschen Angaben unterschieben, aber ich habe ihnen gesagt, dass ich nicht unterschreibe. Dann halt nicht, meinten sie nur.

Ohne jegliche Unterstützung landete ich dann auf der Straße in Athen. Zusammen mit einem anderen Kurden, der gerade aus der Schweiz abgeschoben worden war, habe ich mich durch-

geschlagen. Die erste Nacht verbrachten wir im Park, mehr wachend als schlafend. Zum Glück haben wir ein paar andere Kurden getroffen, bei denen konnten wir für ein paar Tage unterkommen, bis uns unsere Familien etwas Geld geschickt haben. Wir haben uns dann zusammen eine Couch gemietet, wir haben uns abgewechselt, denn einer musste immer auf dem Boden schlafen.

Nach drei Monaten habe ich es dann endlich geschafft, aus Griechenland wegzukommen. Am 7. Dezember war ich wieder da.

Du wolltest nicht in Griechenland bleiben?

Schau mal, ich suche doch nur ein Ort, wo ich bleiben kann, wo ich einen Ausweis kriege und wo die Menschenrechte beachtet werden. In Griechenland, da leben so viele MigrantInnen auf der Straße, Tausende bestimmt. Die, die ein bisschen Geld haben, mieten sich was, so wie ich. Aber die allermeisten schlafen in Parks, oder auf der Straße. Nicht einmal Familien werden vom Staat unterstützt. Die Bevölkerung ist zwar viel netter als Polizei und Behörden, aber allgemein hatte ich das Gefühl, dass die selber ihre Probleme haben, mit denen sie beschäftigt sind. Und dass sie sich auch wundern, warum der Staat nichts macht.

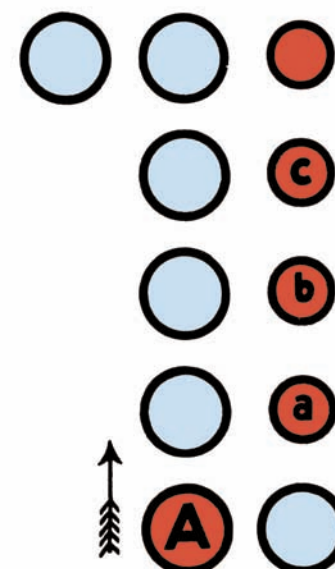
Warst Du mal in der Petrou Ralli Straße, da, wo man Asylanträge stellen kann?

Ja, das habe ich auch zweimal probiert. Ich kam da an, und da gab es hier eine Schlange mit Leuten, die anstanden, und dort eine Schlange, und noch eine dort ... unendlich viele Menschen, ich konnte sie gar nicht mehr zählen. Keine Chance, reinzukommen. Pro Tag haben das vielleicht 75 Leute geschafft. Ich habe die gefragt, was da drinnen genau passiert. Die haben mir gesagt, sie haben eine rosa Karte gekriegt, und dass sie in sechs Monaten wieder kommen sollen. Was soll das denn sein! Und trotzdem,

draußen haben sich die Leute zum Teil geprügelt um die Plätze in der Schlange, und die Polizei hat einfach nur zugesehen.

Du wolltest mir noch die Geschichte von Deinem Cousin erzählen.

Ja, mein Cousin. Den habe ich seit 2008 nicht mehr gesehen. Der ist auch auf dem Weg nach Europa, aber der hat versucht, über die Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland, im Norden, zu gehen. Kaum war er in Griechenland, wurde er festgenommen und in der Nacht in die Türkei abgeschoben. Die türkische Polizei hat ihn sofort wieder nach Griechenland abgeschoben. Dort haben ihn die Polizisten erst verprügelt und dann für fast sechs Monate ins Gefängnis gesteckt. Ein Anwalt hat ihn rausgeholt. Ihm haben sie dann auch gesagt, er soll Griechenland innerhalb von 30 Tagen verlassen. Aber dass hat er bis jetzt nicht geschafft. Er sitzt in Athen. Ich hoffe sehr, dass er es bald auch schafft, weiterzukommen.<



Europa lässt sterben...



Refoulement

- foul play mit Flüchtlingen

Illegale Rückschiebung von Flüchtlingen in unsichere Länder

Wir sitzen auf einem Balkon einer Wohnung in Athen, vor uns ein Laptop und Google Earth. Anhand der Satellitenbilder zeigt mir Djahid, wie er über die Türkei nach Griechenland gekommen ist. Djahid kommt aus Algerien, aber dort hat er keine Zukunft gesehen. Über Syrien gelangte er in die Türkei, verbrachte einige Zeit in Istanbul und ging dann nach Edirne an der Grenze zu Griechenland, um dort die Grenze zu Europa zu überschreiten.

„Siehst Du, hier ist der Bahnhof von Edirne, hier bin ich angekommen, und gleich über den Evros. Dann kam ich zu diesem Grenzstreifen, voll mit Minen. Viele, die die Überquerung versucht haben, sind gestorben, oder haben Beine, Arme verloren. Aber hier gibt es einen kleinen Pfad durch die Minen, den habe ich genommen.“

Beim ersten Mal ist er gleich in das erste Dorf auf der griechischen Seite gegangen, um dort den Zug nach Thessaloniki zu nehmen. Er wurde sofort verhaftet, eingesperrt.

„In der Nacht haben uns die griechischen Grenzpolizisten wieder an die Grenze gebracht, und uns über den Fluß Evros wieder in die Türkei getrieben. Sie haben dann noch ein paar Mal in die Luft gefeuert, um die türkischen Grenzschützer auf uns aufmerksam zu machen. Die haben uns gefangengenommen, ich saß dann mehrere Wochen im Gefängnis, bis ich wieder freigelassen wurde. Ich bin dann wieder nach Edirne, und habe es nochmal versucht.“

Fünf Mal wurde Djahid auf der griechischen Seite festgenommen und illegalerweise über die Grenze zurückgeschoben. Erst beim sechsten Mal hat es dann endlich geklappt. Refoulement heißt die Praxis des Rückschiebens offiziell, und nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist sie illegal: niemand darf in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm/ihr Verfolgung droht. In der Europäischen Union kommt hinzu, dass allen Flüchtlingen der Zugang zum Asylsystem offen stehen muss.

Dies ist jedoch oftmals nicht der Fall. So werden etwa Flüchtlinge, die sich in Westafrika über das Meer auf den Weg nach Europa machen, von der dortigen Operation der europäischen Grenzschutzagentur Frontex abgefangen, an Land gebracht und der Polizei übergeben. Italien fängt Flüchtlinge auf dem Mittelmeer ab und bringt sie ohne jegliche asylrechtliche Prüfung nach Libyen zurück, ein Land, das weder Asylsystem kennt noch die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat. An den Landgrenzen der Europäischen Union ist Refoulement der Normalfall. Flüchtlinge, die versucht haben, über die Ukraine nach Polen, Slowakei oder Ungarn einzureisen, berichten, dass sie, trotz laut geäußertem Begehren, Asyl zu beantragen, sofort wieder in die Ukraine abgeschoben wurden, wo sie in mit EU-Geldern gebauten Gefängnissen interniert werden.

Die Europäische Außengrenze stellt damit eine Zone der Entrechtung der Flüchtlinge dar. Schon von außen ist der Zugang versperrt. Wer es dennoch schafft, die Grenze dauerhaft zu überschreiten, findet sich in einem Internierungslager wieder oder ist sich selbst überlassen. Jeder Versuch, dieser Zone zu entkommen, wird durch die

Wie es dazu kam das ein Boot mit Flüchtlingen drei Wochen lang im Mittelmeer trieb und was Dublin II damit zu tun hatte

August 2009. 82 Flüchtlinge treiben drei Wochen lang hilflos zwischen Libyen, Malta und Sizilien. Sie haben kein Benzin mehr, die Nahrung ist aufgebraucht. Auch das Satellitentelefon ist inzwischen stumm. Am 10. Tag sterben die Ersten. Insgesamt 77 finden den Tod. Freunde und Verwandte der Überlebenden fordern nun Aufklärung, warum Malta und Italien die Menschen nicht gerettet haben. Auch die Staatsanwaltschaft im sizilianischen Agrigento prüft derzeit, ob die Fakten zur Eröffnung eines Verfahrens wegen unterlassener Hilfe ausreichen.

Am 28. Juli haben sie die libysche Küste verlassen. Die 82 Flüchtlinge, unter ihnen 25 Frauen, zwei von ihnen schwanger, kommen aus Eritrea, Äthiopien und Nigeria. Sie verfahren sich. Per Satellitentelefon rät der „passeur“ (Schlepper), Kurs auf Malta zu nehmen. Doch dort kommen sie nie an. Verwandte, die auf ein Lebenszeichen warten, beginnen nachzuforschen. Mitte August bittet der Kölner Flüchtlingsrat Malts Innenministerium, eine Suche nach den Vermissten zu veranlassen. Auch ein eritreischer Flüchtling, der auf Malta lebt, versucht jeden Tag, die Polizei zu einer Suche zu bewegen. Man schickt ihn mit der Drohung, ihn abzuschieben, weg.

Nichts geschieht. Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird erst am 20. August bekannt, nachdem ein italienisches Schiff fünf Überlebende an Bord

Drei Jahre hab ich in Bologna gewohnt, bevor sie mich zurück nach Griechenland abgeschoben haben. Wir lebten im Zentrum, auf einer Baustelle. In letzter Zeit ist die Polizei ständig überall. Sie gehen nie, bevor ihr Bus nicht voll ist. Sie nehmen uns am Hafen fest, auf der Strasse, im Wald...solange bis der Bus voll ist.

Hadj <http://birdsofimmigrants.jogspace.net/>

nimmt und nach Sizilien bringt.

Humanitäre Tragödie oder unterlassene Hilfeleistung?

Die fünf geretteten Flüchtlinge berichteten davon, dass sie während ihrer drei Leidenswochen jeden Tag Schiffe und Boote gesichtet haben. Auch ein deutscher Hubschrauber im Frontex-Einsatz, der das Mittelmeer kontrolliert, sichtet das Boot – ohne Folgen.

Europa will die Flüchtlinge nicht. Die maltesische Regierung, die schon seit Mitte August wusste, dass das Boot vermisst wird, hat nichts unternommen, um es zu finden. Aufgrund der Dublin II-Verordnung, die besagt, dass das zuerst erreichte europäische Land

auch für den Asylantrag zuständig ist, bedeutet das, dass die Flüchtlinge ins Asylverfahren aufgenommen werden müssten. Das genau will Malta verhindern und es kommt zu der wohl unmenschlichsten „Rettungsaktion“: die Überlebenden berichten, dass ein Schiff mit »Männern in weißen Schutzanzügen« zu ihnen gekommen sei. Dabei handelt es sich, wie sich später herausstellte, um die maltesische Marine. Doch die nimmt die Flüchtlinge nicht an Bord, sondern versorgt sie lediglich mit Treibstoff, Brot und Wasser und weist ihnen den Weg nach Italien. Ein Hubschrauber-Foto von den fünf Überlebenden, das auch die Männer in den weißen Anzügen zeigt, gilt zynischerweise als Beweis, dass es den Überlebenden gut geht und wird von den Behörden als solcher veröffentlicht. In den italienischen Gewässern (12-Meilen-Zone) angekommen, werden sie endlich gerettet.

Doch nicht nur die Malteser sind in der Verantwortung für diese barbarische Grausamkeit. Verantwortlich ist der europäische Wille, sich abzuschotten, verantwortlich ist die Dublin II-Verordnung, die die Staaten an der europäischen Außengrenze verpflichtet, die Flüchtlinge aufzunehmen und kaum Möglichkeiten bietet, diese auch

auf andere Staaten umzuverteilen. Auch Frontex und Italien sind mit-schuldig an dem Tod dieser 77 Menschen. Erstere, da sie sichten und nicht retten. Die italienische Regierung verbietet es den Einheiten der Küstenwache und der Guardia di Finanza (Zoll) inzwischen sogar, über die territorialen Gewässer hinaus zu patrouillieren und ggf. zu retten, wie es noch bis 2009 üblich war. Niemand soll mehr aufgenommen werden, so der eiserne Wille des italienischen Innenministers Maroni. Malta indes versucht, die Flüchtlinge in Richtung der italienischen Gewässer abzudrängen. So schiebt Europa die Flüchtenden auf See hin und her und lässt sie gegebenenfalls auch sterben: Hauptsache, sie landen nicht an.

Die Folgen dieser Abschottungspolitik: mehr als 10 Fischerboote hätten sie gesichtet, berichten die überlebenden Eriräer, aber nur eines habe gehalten und ihnen Wasser und Nahrungsmittel gegeben. Aus Angst vor Repressalien hat kein einziges Boot den Vorfall gemeldet.



Judith Gleitze, *borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V., Außenstelle Sizilien, Februar 2010*

Link:

Weitere Eskalation in der Ägäis zu erwarten

FRONTEX will 2010 die Fluchtrouten nach Griechenland blockieren und Abschiebungen forcieren

Wurden 2008 noch 120.000 irreguläre MigrantInnen in Griechenland aufgegriffen, so stieg diese Zahl auf 150.000 im Jahr 2009. Mit der Abschottung anderer großer Migrationsrouten nach Europa (Westafrika nach Spanien, Libyen nach Italien/Malta) wird Griechenland somit zum wichtigsten und umkämpfsten Feld der irregulären Migration und ihrer Bekämpfung durch die Europäische Union. Die griechische Küste ist jedoch kaum kontrollierbar, die griechischen Inseln liegen so nah an der türkischen Küste, dass ein Überqueren der Meeresengen auf vielfältige Art und Weise möglich ist. Zehntausende Menschen werden sich auch im Sommer 2010 auf den Weg machen, um über die Inseln in Richtung Nord- und Westeuropa zu gelangen, auf der Suche nach Zuflucht und einem besseren Leben.

So ist es kein Zufall, dass die europäische Grenzschutzagentur Frontex stolz angibt, im Jahr 2010 die größte Operation seit ihrer Schaffung durchzuführen. Dabei kann einerseits davon ausgegangen werden, dass Frontex und die griechische Küstenwache ihre vielfach dokumentierten, brutalen Abschreckungsmaßnahmen fortsetzen werden: wenn möglich abfangen und zur Umkehr zwingen. Skrupellos wird dabei das Ertrinken von Flüchtlingen in Kauf genommen. Dokumente von Frontex und Pläne der griechischen Regierung zeigen jedoch, dass dieser schon bisher nicht erfolgreiche Ansatz um eine weitere Komponente ergänzt werden soll. Die Kapazitäten zur Internierung, Identifizierung und Abschie-



Petrou Ralli
Polizeistation

Die Verletzungen zeugen von den Gefahren der Flucht und des Lebens in Athen. Foto: Achilleas Zavallis 2009

bung von Flüchtlingen und MigrantInnen sollen, vor allem mit Know-How von Frontex, erheblich ausgebaut werden. Dazu plant die griechische Regierung so genannte „Screening Centres“ auf den Inseln, nahe der Landgrenze zur Türkei und in der Region Athen zu bauen. Auch in diesen Zentren sollen Flüchtlinge interniert werden, um das Auseinanderversortieren von „echten Flüchtlingen“, die ein Asylverfahren durchlaufen können und „illegalen MigrantInnen“, die schnellstmöglich identifiziert und in die Türkei zurück- bzw. in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden sollen, durchzuführen. Auch wenn Griechenland kurz vor dem Staatsbankrott steht: die Abwehr von Flüchtlingen, die zumeist nach Norden weiterreisen, wird sich die Europäische Union gerne etwas kosten lassen.

So steht auch Frontex schon Gewehr bei Fuß und wird in Kürze ihr erstes Regionalbüro in Piräus eröffnen, von dem aus alle Aktivitäten in der Region koordiniert werden sollen. Im Rahmen der Operation „Attica“ will Frontex verstärkt Charterabschiebungen aus Griechenland in die Herkunftsstaaten durchführen. Die Operation startete vor einigen Monaten im Internierungslager auf der Insel Samos. Neuan-kömmlinge wurden von den Frontex-Beamten mithilfe eigener Übersetzer ausgefragt und dann sogleich im Flugzeug nach Athen zur weiteren Abschiebung transportiert.

Wir werden 2010 also eine massive Modernisierung des Systems der Flüchtlingsbekämpfung in Griechenland erleben. Anstatt auf direkte Abschottung an der Grenze zu setzen, geht es nun darum, Flüchtlinge und

MigrantInnen auch im Inneren Griechenlands nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Modernisiert wird auch das System der Internierungslager: Bilder von in engen Zellen eingepferchten Kindern, wie sie letztes Jahr aus dem Gefängnis Pagani in Lesbos um die Welt gingen, will die neue griechische Regierung vermeiden. Derzeit wird der Einsatz von Holz-pavillions (ein Überbleibsel der Olympischen Spiele) und von Containern diskutiert.

Das Gefängnis von Pagani wurde, nachdem es von August bis Oktober 2009 zu permanenten Revolten gekommen war, geschlossen. „Die dortigen Wände wissen nun, wie erfolgreiche Revolten gehen und sie werden es weitererzählen“, sagt der 17-jährige Said, der drei Monate in Pagani inhaftiert war. Doch nicht nur die Wände wissen um den erfolgreichen Kampf gegen ein menschenverachtendes System: die MigrantInnen und AktivistInnen, die sich im Sommer 2009 auf Lesbos im Nobordercamp trafen, tragen das Wissen um die Revolte weiter. Die Zukunft des europäischen Systems der Flüchtlingsbekämpfung ist noch lange nicht entschieden.<



Links:

<http://lesvos09.antira.info> | Blog des Noborder Camps auf Lesbos 2009
<http://frontexplode.eu> | Frontexkampagne
<http://noborder09lesvos.blogspot.com> | Weiterer Noborder Lesbos Blog

Dublin II-Regelung unterbunden, die wie eine Fliehkraft die Flüchtlinge zurück an die Ränder zerrt, und wo ihnen oftmals die weitere Abschiebung droht.

Links

<http://go.dublin2.info/backdoor> | Out the Back Door: The Dublin II Regulation and illegal deportations from Greece. Bericht des Norwegischen Helsinki-Komitee (englisch)
<http://go.dublin2.info/unhcr> | Observations on Greece as a country of asylum. Bericht des UNHCR (englisch)
<http://go.dublin2.info/hrw> | Griechenland: Zunehmende Gefahr für Migranten und unbegleitete Kinder. Bericht von Human Rights Watch
<http://bordermonitoring-ukraine.eu> | Webseite des Bordermonitoring Projekts Ukraine

Chartino Karavi

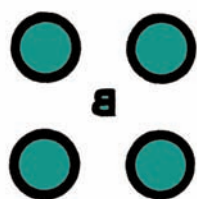
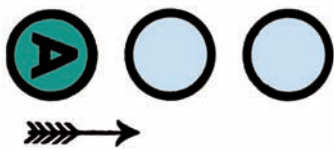
– das Papierschiff

Unabhängiger Info- und Welcomepoint für Flüchtlinge auf Lesbos

Wenn sich die Winterstürme legen und die Überfahrt der Flüchtlinge von der Türkei auf die griechischen Ägäisinseln wieder weniger gefährlich ist, eröffnet in Mitilini, der Hauptstadt der Insel Lesbos der Infopunkt Chartino Karavi, griechisch für Papierschiff. Von April 2010 an gibt es damit für die Ankommenden (im Jahr 2009 waren es 14.000) eine geschützte Anlaufstelle auf europäischem Territorium. In den Räumlichkeiten des Chartino Karavi findet ein selbstorganisiertes Café zum Rasten und für Veranstaltungen, ein Infobüro für Beratung und Öffentlichkeitsarbeit sowie ein offenes Internetcafé Platz. Dauerhafte Verbindungen zwischen MigrantInnen auf der Durchreise, BewobnerInnen der Insel und AktivistInnen von nah und fern werden dort entstehen und ihren Ausdruck finden. In konkrete Begegnungen, durch direkte Unterstützung, politische Intervention und Öffentlichkeitsarbeit bildet das Papierschiff mitten in der mörderischen Brandung der europäischen Außengrenze nicht weniger als eine kleine Willkommensinsel.

Spendenkonto:

Wohnschiffprojekt Altona e.V.
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1257 122 737
Stichwort: Chartino Karavi



„Ich bin 12 Jahre alt und lebe auf dem Atikiplatz. Wir sind drei Frauen, meine Mutter, meine ältere Schwester und ich. Wir schlafen im Park, meine Mutter und meine Schwester schlafen nur ein oder zwei Stunden in der Früh. Den Rest der Nacht passen sie auf, dass mir nichts passiert.“ Shogofaa <http://birdsofimmigrants.jogspace.net/>



Neu erschienen...

Die Broschüre über die Erfahrungen des Infopoint während des Noborder Camps 2009 auf Lesbos. Vollgepackt mit Geschichten der Migration, Reflektionen, Ausblicken und vielen Photos.

Infopoint during Noborder Lesbos 2009
Broschüre (englisch)
52 Seiten
online: <http://go.dublin2.info/infopoint>
bestellen per email an transact@so36.net



„Die Wände in Pagani wissen nun, wie erfolgreiche Revolten gehen und sie werden es weitererzählen“ -- Die ständigen Revolten im Flüchtlingsgefängnis Pagani, Lesbos führten im Oktober 2009 zur Schließung der Einrichtung Foto: Marily Stroux 2009

Abschiebungen stoppen – Dublin II kippen

Es lohnt sich, aktiv zu werden. Das haben wir auch im letzten Jahr wieder erfahren, denn mit dem Nobordercamp auf Lesbos 2009 konnten wir direkt in das Geschehen an der europäischen Außengrenze eingreifen. Oder, wie es die Gruppe transact beschrieb: „Noch nie haben wir ein Nobordercamp erlebt, in dem politische Proteste und unmittelbare soziale Kämpfe um Bewegungsfreiheit so intensiv miteinander verknüpft werden konnten“. Diese Einschätzung basiert einerseits auf den vielen direkten Kontakten, die geknüpft worden sind, andererseits auch auf der Erfahrung, dass eine mediale Skandalisierung der gegenwärtigen Unmenschlichkeiten der europäischen Migrationspolitik erfolgreich sein kann. Der Film „Voices from the Inside of Pagani“, in der Hölle von Pagani von Flüchtlingen selbst gedreht und über das Internet verbreitet, wurde nicht nur im Sommer 2009 weltweit gezeigt, er ist auch seitdem immer wieder im Fernsehen, aber auch bei Protestaktionen gezeigt worden. Und auch im Februar 2010 ist Pagani immer noch ein Thema, über das in seitenfüllenden Artikeln geschrieben wird. Wir sind uns sicher, dass die vielfältigen Aktivitäten gegen die Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland dazu geführt haben, dass – zumindest bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – aus Deutschland kaum noch Abschiebungen dorthin durchgesetzt werden können. Vielen Flüchtlingen ist es dadurch gelungen, in Deutschland Schutz zu erlangen und immer noch treffen Menschen ein, die wir im August 2009 in Lesbos kennengelernt haben. Und die Kritik an den Zuständen in Griechenland hat inzwischen indirekt dazu geführt, dass das Bundesamt nun auch bei Dublin II-Verfahren nach Malta vorsichtiger wird und kein Überstellungsantrag gestellt wird.

An die bisherigen Erfolge wollen wir mit der Kampagne anknüpfen. Ziel ist es, zunächst die Abschiebungen nach Griechenland endgültig zu stoppen. Dabei kann es aber nicht bleiben. Wir respektieren den Wunsch der Flüchtlinge, ihren Asylantrag dort zu stellen, wo ihnen dies sinnvoll erscheint, z.B. weil bereits Verwandte in dem betreffenden Land leben oder weil die Chancen, Schutz zu erlangen dort besser sind. Den „objektiven“ Kriterien der Dublin II-Verordnung setzen wir die subjektiven Kriterien der Flüchtlinge entgegen und sind uns sicher, dass diese Kriterien letztlich die gerechteren und einzig menschlichen sind. Das Dublin II-System wird historisch nur einer der vielen untauglichen Versuche sein, Migration zu regulieren und Menschen an bestimmte Orte zu fesseln. Die Dysfunktionalität des Systems liegt auf der Hand und so sollte es möglich sein, Dublin II zum Kippen zu bringen.

Diese Kampagne wird vor allem lokal zu füllen sein. Wir laden euch alle ein, euch zu beteiligen: lokale Bündnisse, die sich gegen Abschiebungen wehren; die AnwältInnen, die die Urteile und Entscheidungen vor den Gerichten erstritten haben; die AktivistInnen, die nicht nur im Sommer aktiv sind; alle Menschen, die die unglaublichen Härten der europäischen Migrationspolitik nicht ertragen können.

Handlungsmöglichkeiten gibt es viele: Protestaktionen vor den Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Bundespolizei, an Flughäfen, Abschiebehaftanstalten und vor den Landesbehörden, die für die Vollstreckung der Abschiebebescheide zuständig sind, individuelle Schreiben an die verantwortlichen Entscheidungsträger im Bundesministerium des Inneren und im Bundesamt in Nürnberg und der Außenstelle

Dortmund (Dublin-Referat), Recherche und Dokumentation der Situation in den Zielstaaten der Abschiebungen, lokale und überregionale Öffentlichkeitsarbeit,

Beteiligung an Aktionen an den Europäischen Außengrenzen.



Links

<http://go.dublin2.info/zeit> | Der Kinderknast von Lesbos. Dossier in Die Zeit, 4. Februar 2010
<http://go.dublin2.info/voices> | Video aus dem Inneren des Flüchtlingsgefängnisses Pagani auf Lesbos

Impressum

Über die Grenze

April 2010

Druck: Caro-Druck Frankfurt
Auflage: 10.000 Exemplare
Redaktion: Bernd Kasperek, Sara Pfau, Gisela Seidler
Gestaltung: Matthias Weinzierl

V.i.S.d.P.:
Rechtsanwältin Gisela Seidler,
Rottmannstr. 11 a, 80333 München

Herausgegeben vom Netzwerk
"Welcome to Europe"
<http://dublin2.info>

Kontakt: kontakt@dublin2.info

Spendenkonto:
Bayerischer Flüchtlingsrat
BLZ: 700 205 00
Konto Nr: 88 32 602
Stichwort: Karawane/Dublin2

